

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Auswärtigen vierteljährlich 3.80, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 21.

Sonnabend, den 25. Januar 1919.

26. Jahrg.

Zum Wiederzusammentritt der Internationale.

Am Montag tritt die internationale Sozialistenkonferenz in Bern und gleichzeitig mit ihr die internationale Gewerkschaftskonferenz zusammen. Die am 4. August 1914 auseinandergebrochene Internationale ist wieder erwacht. Wir müßten lügen, wollen wir bestreiten, daß wir uns ihr Wiederauferstehen anders gedacht haben. Es gab wohl wenige unter den deutschen Sozialisten, die nicht gehofft hätten, daß die Internationale Einfluß auf die Beendigung des Friedens gewinnen würde. Namentlich im Jahre 1917 nach dem Siege der russischen Revolution war die Erwartung allgemein, daß die Bemühungen der sozialistischen Parteien den Krieg würden beenden helfen. Diese Annahme hat getrogen. Der Krieg geht erst zu Ende, nachdem die eine Kriegspartei, die der Mittelmächte, vollständig zusammengebrochen ist. Die einzige Aufgabe, die ihr jetzt noch bleibt, ist eine Einflußnahme auf die Friedensbedingungen. Die Internationale soll ein Werkzeug zur Bekämpfung dieser sein, die durch übertrieben chauvinistische und imperialistische Forderungen den Dauerfrieden von vornherein unmöglich machen und die Welt für immer mit dem Revanchegift infizieren wollen.

Die Bemühungen der sozialistischen Internationale treffen sich in diesem Punkte mit der Politik Woodrow Wilsons. Wir haben den Wilson-Frieden stets bekämpft, solange Deutschland die Kraft hatte, ihn zurückzuweisen; denn er bedeutete für uns den sicheren Verlust Ostpreußens und Einbußen im Osten, deren Umfang wir noch nicht kennen. Aber jetzt im Zustand unserer Wehrlosigkeit ist der Wilson-Friede unser einziger Schutz gegen die, die uns das ganze linke Rheinufer, ganz Westpreußen und Oberschlesien rauben und uns mit unbedingt erdrückenden Lasten bepacken wollen. Die sozialistischen Parteien in England und Frankreich hatten während des Krieges und haben heute nicht entfernt die Macht, ihre Friedensgedanken gegen die Regierungen ihrer Länder durchzusetzen. Sie können vielleicht Wilsons Stellung stärken und seinen englischen und französischen Gegnern unbehaglich werden. In dieser Weise könnte die Berner Konferenz auch praktischen Einfluß auf das Schicksal der Pariser Verhandlungen gewinnen.

Wenn die Vertreter der Internationale zusammenkommen, so werden die meisten der Männer fehlen, die kurz vor Kriegsausbruch zur letzten Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus in Brüssel zusammen waren. Jaurès, der Unvergleichliche und Unvergessliche, ist am Vorabend des Krieges in Paris hingemordet worden. Im Jahre darauf folgte ihm in den Tod Edward Vaillant, der alte Kommunekämpfer, der zuletzt eine chauvinistische Kriegspolitik getrieben hatte. Unter den englischen Vertretern wird Keir Hardie fehlen — sein Wahlkreis fiel nach seinem Tode in die Hand eines wüsten Kriegshähners, und er selbst brauchte es nicht mehr mitzuerleben, wie die Arbeiterpartei in allen ihren irgendwie friedensgeneigten Führern, in Henderson, Ramsay MacDonald, Snowden, Tovey und Webb bei den jüngsten Wahlen vernichtend geschlagen wurden. Die deutsche Sozialdemokratie hat den größten Toten zu beklagen, die Einheit der Arbeiterbewegung; sie erscheint in zwei getrennten Delegationen, der alten Partei und der Unabhängigen, und die dritte Richtung, die Partei der Kommunisten, lehnt diese „sozialpatriotische“ Internationale überhaupt ab und schwört auf Zimmerwald. Auch der größte Staatsmann deutscher Sprache, den das Proletariat hervorgebracht hat, auch Viktor Adler, weilt nicht mehr unter den Lebenden. Möge es kein Symbol für die Internationale selber sein, daß alle ihre Helden den ersten Wiederzusammentritt einer internationalen sozialistischen Konferenz nicht mehr erlebten.

Die deutsche Sozialdemokratie stellt sich vor dem Forum der Internationale nicht als Schuldige und nicht als Angeklagte. Sie erscheint auch nicht als Bittstellerin, wohl aber fordert sie als Vertretung des geschlagenen Landes nunmehr Gerechtigkeit auch für das deutsche Volk. Das freie Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation umfaßt das Recht aller Deutschsprechenden, einschließlich der Südtiroler und der Deutschböhmen, sich der freien deutschen Republik anzuschließen.

Die Verweigerung von Lebensmitteln und Rohstoffen, die Festhaltung der 800 000 deutschen Kriegsgefangenen, die Abführung von 200 000 deutschen Gefangenen zur Sklavenarbeit nach Nordfrankreich und Belgien, all dies und vieles andere sind sinnlose Brutalitäten, nachdem Deutschland den Willen aufgegeben und sich selbst der Kraft beraubt hat, den Waffenkampf wieder aufzunehmen.

Die Internationale hat während des Krieges das deutsche Volk schwer enttäuscht. Umsonst blieb all unser Bemühen, um einen wirklichen Verständigungsfrieden zweier gleichstarker Gruppen, ungehört: verhallte unser oftmals ausgestoßener Schrei nach der Internationale als Ueberwinderin des Krieges. Sollte auch jetzt, nachdem die Kriegselendlichkeiten ausgetobt haben, die Internationale versagen, so würde der Glaube der deutschen Arbeiterklasse an sie im Tiefsten erschüttert. Wir wollen das nicht glauben. Wir erhoffen von Bern eine mächtige Kundgebung zugunsten des Rechtes, auch der Besiegten.

Am Tage vor der Preußenwahl!

Am vergangenen Sonntag ging es um das neue Gesicht Deutschlands. Am morgigen Sonntag aber um die Neugeburt Preußens. Wenn Preußen auch nur halbwegs das blieb, was es war, dann wäre auch alle Mühe für Deutschland umsonst gewesen. Preußen muß völlig umgekrempelt werden. Was an ihm „mustergültig“ war, seine bürokratische Verwaltung, paßt schon vor dem Zusammenbruch nicht mehr in unsere Zeit und paßt heute erst recht nicht hinein. Die Verwaltung muß anders aufgebaut werden. Das vielgerühmte Pflichtgefühl des preußischen Beamten wird auch in Zukunft benötigt. Aber es soll mit anderen Mitteln geweckt und erhalten werden als bisher. Den großen und größeren Beamten gab das alte Regiment Zuderbrod und fast erblichere Einkünfte, um ihren Pflichteifer zu fesseln. Den Hunderttausenden von armen Beamten jedoch übernahm es die Rolle des Verbot freier bürgerlicher Meinung und dafür bei geborrenem Verhalten den Räder lebenslänglicher Staatsstellung nebst Hungerpension. Mit diesem Ritt wollte man alles für die preußische Schenzzollernewigkeit zusammenhalten. Wie schnell ist das zusammengebrochen. Aber trotzdem hofft ein großer Teil der Freunde des alten Systems, daß es nicht gar zu schlimm werden möge mit den Umwandlungen in Preußen. Es ist doch „historisch glänzend legitimiert“ und sollte deshalb nicht gar zu rücksichtslos angepaßt werden. Selbst sogenannte liberale Schichten warnen vor radikaler Umgestaltung in Preußen. Trotzdem, und erst recht muß es sein! Am 26. Januar werden Männer und Frauen als die Bausteine des neuen Preußens gewählt. Dann aber müssen fallen vor allem die rostigsten Verwaltungshelmschichten in

die Landrats Herrlichkeit,
die Provinzial- und Kreistagsmuffigkeit,
die Unfreiheit in den preußischen Stadtverwaltungen.

Wie der ganze Staat nach dem Fall des Dreiklassenwahlrechts von oben bis unten freier und lustiger wird, so muß er es auch in seinen Zellen werden. Die neue preußische Nationalversammlung muß vor allem sofort die Wahlrechtsfrage für die gesamte Land- und Stadtverwaltung neu regeln. Neu regeln heißt hier fortschrittlich regeln. Rücksichtslosen Fortschritt aber garantiert uns die

Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten.

Auf dem Lande muß der konservativen Herrenmenschen der Verwaltungsapparat entwunden werden und in den städtischen Gemeinwesen der liberalen Bourgeoisie die Hausbesitzerherrschaft. Konervative und Liberale haben jahrelang im alten Preußenhaufe um die Erhaltung ihrer angemachten Rechte gekämpft. Die konservativen Zoniker versprachen auf dem Lande Wahlgerechtigkeit, wenn die liberalen Machthaber in den Städten das freie Wahlrecht geben wollten. Einer hob dem anderen den Anfang zu. In Wirklichkeit war es ein elendes Gaukelspiel. Ernst war es beiden Teilen nicht. Weder auf dem Lande noch in der Stadt sollte die „glorreiche preußische Verwaltungstradition“ angetastet werden. Daran denkt, ihr Wähler und Wählerinnen morgen ganz besonders. Jagt beide Gruppen in allen ihren Spielarten zum Teufel und wählt sozialdemokratisch!

wählt Männer und Frauen für sozialistische Selbstverwaltung!

Die Nationalversammlung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ämlich eine Verordnung über die Berufung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf den 6. Februar 1919 nach Weimar.

Zum Verfassungsentwurf

weilen die Volksbeauftragten darauf hin, daß sie sich den Entwurf keineswegs zu eigen machen, daß sie ihn der Nationalversammlung lediglich als Material und als Grundlage für ihre Beratungen vorlegen. Sie selbst bezeichnen sich dem Entwurf gegenüber als völlig frei und ungebunden. Sie betonen, daß sie sich durch die Vorlesung des Entwurfs keinesfalls für feststehend betrachten.

Der Minister für militärische Angelegenheiten von Bayern äußerte sich zu dem Entwurf der Reichsverfassung in dem Sinne, daß eine derartige Zentralisierung, wie sie vorzusehen sei und auch auf dem Gebiete des Militärwesens durchgeführt werden sollte, für Bayern unannehmbar sei.

Oben die Zentralisierung weudet sich auch Genosse Au er. Er betont, wenn Gesetzgebung und Verwaltung des gesamten Reiches völlig auf das Reich übergehen und die Bundesstaaten in der Gesetzgebung auf kleine Nebenrollen oder Steuerzuschläge beschränkt werden sollen, so bedeutet das eben die Aufgabe des bundesstaatlichen Eigenlebens. Die Verteilung Preußens scheint uns damit sehr teuer, wahrscheinlich zu teuer erkauf zu sein, denn schließlich bleibt Preußen, auch in mehrere Freistaaten aufgeteilt, der übermächtige Faktor nach wie vor. Die Bundesstaaten werden wohl das Recht für sich in Anspruch nehmen müssen, daß die Verfassungen nicht ausschließlich von der Nationalversammlung beraten werden, sondern daß sie in der Frage der Abgrenzung gegenüber den Bundesstaaten auch von diesen mitbestimmt werden.

Die Arbeiterfrage auf der Friedenskonferenz.

Barnes, der Arbeitervertreter bei der englischen Friedensdelegation, erklärte einem Vertreter Reuters, die Friedenskonferenz solle die Arbeiterfrage als einen notwendigen Verhandlungsgegenstand an. Er hoffe er, daß die Grundlagen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen hier gelegt würden. Das nächste sei das allgemeine Recht auf den freiwilligen unbehinderten Zusammenschluß der Arbeiter zu ihrer eigenen Hebung und um die internationalen Verträge über Arbeitszeit, Feiertage, Schutz von Frauen und Kindern und die internationale Regelung der Arbeitsbedingungen wirksam zu machen. Der internationale Zusammenschluß müsse eine gemeinsame Vertretung der Arbeitgeber und der Arbeiter ergeben. Sie werde wahrscheinlich unter den Schank des Völkerbundes treten, der die Beobachtung der Verträge sichern würde. So werde man der Industrie hoffentlich einen bessern Platz in der Welt sichern, da sie so wenig wie möglich von den inneren Angelegenheiten der Staaten berührt werden würde. Unter den zunächst zu machenden Vorschlägen sei die baldige Einberufung der internationalen Konferenz unter der Teilnahme von Arbeitgebern und Arbeitern, die das 1906 in Bern begonnene Werk wieder aufnehmen und den 1913 gefaßten, in seiner Ausführung durch den Krieg gestörten Plan internationaler Regelung ausführen solle, und zwar hinsichtlich des Verbotes der Nachtarbeit für Frauen und Kinder, Arbeitszeit, Mindestlöhne, des freien und halben Wochentages und Schutzes der Kinder vor Erwerbsarbeit. Er hoffe, daß tatsächliche Ergebnisse der Arbeiterfrage auf eine höhere Stufe führen würden. Man erwarte die Vorschläge von Arbeitervertretern jedes Volkes an der Friedenskonferenz und zu deren Sitzung am 25. Januar.

Krieg und Kriegsfolgen.

Die Heimkehr aus Rußland. Der Zentralrat der Ostfront in den Ostprovinzen veröffentlicht über die Heimkehr des 1. Armeekorps eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: Das 1. Armeekorps war in Charkow infolge von Bahnunterbrechungen durch Banden und durch die innerpolitischen Kämpfe zwischen Festuralenten und von Bolschewiki vom Westen abgegriffen. Es wurde deshalb eine Abordnung von vier Soldatenräten und drei technischen Mitarbeitern nach Moskau geschickt, um mit der Sowjetregierung über den Abtransport durch Großrußland zu verhandeln. Der Volksbeauftragte des Auswärtigen Litke und dessen Sekretär verhandelte mit dieser deutschen Abordnung. Die Kameraden gewannen den Eindruck, daß man mit dem größten Entgegenkommen auf ihre Wünsche eingeht. Es wurde ein Vertrag geschlossen, der die ungefähre Abbeförderung des Generalkommandos 1 (etwa 8000 bis 10 000 deutsche Soldaten) sichert, und zwar in 12 Transportzügen auf der Strecke Kursk—Droi—Briansk—Smolensk—Dünaburg—Wilna. Die Truppe wurde zur Abgabe von etwa 70 Proz. ihrer Waffen als Entgelt für Fahrt, Transport, Brennmaterial und Abnutzung der Waggons und Lokomotiven verpflichtet, wogegen sie 30 Proz. Handfeuerwaffen sowie die Feldküchen, die dazu gehörige Bagage und sämtliches Sanitätsmaterial mit sich führen darf.

Zahn für die Christenmorde. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß Marschall Nisim Mahmud Pascha, Kommandant der dritten türkischen Armee, verhaftet und in Anklagezustand versetzt worden ist. Er wird der Ermordung von Griechen und Armeniern beschuldigt.

Gegen die Politik der Alliierten

Handte sich Staatssekretär Brockdorff-Rangau in einer Unterredung, die er mit Vertretern der auswärtigen Presse hatte. Er sagte, seine erste Aufgabe wird es sein, daran mitzuwirken, daß die Neuordnung der Welt die auf den größten aller Kriege folgen wird, sich auf einen Frieden des Rechts aufbaut. Das ist der wahre Begriff des Sieges und der Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit ist ein zu habener und tiefer Gedanke, als daß wir uns damit begnügen dürften, ihn allein auf die Vergangenheit zu beziehen und nur der hat das Recht, als weißer Richter über die Fehler der Vergangenheit zu urteilen, der in sich die Befähigung, Kraft und Ueberzeugung fühlt, der Zukunft eine Unterlage zu geben, die von Irrungen und Ungerechtigkeiten frei ist. Dann wandte sich der Staatssekretär der Politik von Clemenceau und Poincaré zu, die er verurteilte, sie sei nicht von dem alten System ablassen wollten. Deutschland sei an der Aufdeckung der Schuld sehr interessiert und habe selbst eine neutrale Kommission empfohlen. Es komme darauf an, den Geist festzustellen, aus dem heraus die Entschlüsse möglich waren, die den Tod von Millionen zur Folge hatten. Auf die Wiederrichtung dieses Geistes haben die Staatsmänner von heute und von morgen ihr Augenmerk zu lenken. Solange der Revanchegedanke lebt, wird es Kriege geben, solange nationale Güter vergeblich werden, müssen die Völker im Drange nach Freiheit zu den Waffen greifen. Moralische Siege werden nicht durch Beschimpfungen gewonnen, moralische Siege gewinnt nur, wer sich selbst überwindet. Der moralische Sieg in der Politik müßte der gerechte Völkerverbund sein, wo jedes Volk bereit ist, seine individuellen Wünsche in Frieden und in verständlicher Einmütigkeit mit anderen zu besprechen. In diesem Völkerverbund kann Deutschland nicht als ein Paria eintreten. Das deutsche Volk ertauschte durch die Revolution seinen bisherigen Platz in der Welt mit einem neuen und handelt nun selbst. Seine Aufgabe ist klar und einseitig die, nach dem Zusammenbruch aus Aufbauen zu gehen. Dieser Aufbau wird aber nur dann wirklich Früchte tragen können, wenn das deutsche Volk gleichberechtigt Seite an Seite mit den anderen Völkern daran gehen kann, jene Solidarität der Demokratie zu schaffen, die allein das Glück, den Frieden und die Wohlfahrt in der Welt zu sichern vermag.

Streiks im In- und Auslande.

In den Erz- und Eisengruben des Vill-Reviere sind bis 5000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern mittels des bisherigen Lohnsatzes von 6 bis 8 Mk. für den achtstündigen Arbeitstag von 10 Mk. pro Tag oder 10,50 Mk. pro Schicht. Falls der Streik nicht in kürzester Frist beendet wird, müssen die Haushalten Mangel leiden. Damit wird zugleich die Licht- und Kraftversorgung im Villkreis lahmgelegt. Während sich gestern in Ober-Schlesien von 64 Gruben noch 37 im Ausstand befanden, ging heute die Zahl der Ausständigen merklich zurück. Auf den einzelnen Gruben beträgt die Zahl der Arbeitenden 30 bis 50 Prozent, die Zahl der Ausständigen 15 000 gegen 30 000 gestern. Am Freitag morgen waren in Paris die Angestellten der Straßenbahnen und Omnibusse in den Ausstand, und zwar infolge eines Konflikts mit den Gesellschaften wegen Lohn- und Entlastungsfragen. Die Angestellten der Stadtbahn haben sich am Streik angeschlossen. In London tagte eine geschlossene Konferenz von 200 bis 300 Arbeiterdelegierten, um die Zurückberufung aller englischen Truppen aus Rußland und die Möglichkeit eines baldigen Generalstreiks als ersten positiven Schritt zur Revolution zu besprechen. Das Arbeiter-Komitee im Clyde-Distrikt billigte die Vorereitungen für den am 27. Januar zu kniffen der 40stündigen Arbeitswoche gegen den Streik der Schiffswerkstätten. Die britischen Arbeiter von Glasgow beschloßen, sich dem Streik anzuschließen. Der Vorkriegsausgleich von Glasgow rief die Maschinen- und Werkzeugarbeiter ebenfalls zum Streik auf. Die Zahl der in der Bergwerksindustrie und in den Verkehrs- und Eisenbahnen streikenden beträgt 750 000.

Politische Rundschau. Deutschland.

Scheidemann über den Ausfall der Wahlen. Scheidemann äußerte in einer Unterredung, daß die Wahlen ausgefallen seien, wie die Führer der Sozialdemokratischen Partei es vermutet hätten. Die Sozialdemokratie ist die überragend stärkste Partei und wird, weil sie von dem Willen der erweckten Mehrheit des deutschen Volkes getragen wird, innerhalb der Regierung stets eine maßgebende Rolle spielen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei den nächsten Wahlen, etwa bei der zu dem kommenden Reichstagsparlament, der unruhigste Radikalismus, besonders dann,

wenn er mit Spartakus auch weiter liebäugelt, noch erheblich an Anhängerzahl verliert. Das deutsche Volk ist fest entschlossen, nachdem der verbrauchte Kaiserpalast zusammengebrochen ist, sich ein neues und festes Haus, ein Haus der Arbeit zu schaffen. Es ist anzunehmen, daß sich dabei in zahlreichen Fragen ein Zusammenarbeiten zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie ermöglichen wird. Zur äußeren Politik sagte Scheidemann, daß Deutschland durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons sein weltpolitisches Programm bereits offen dargelegt habe. Deutschland wüßte künftighin mit allen Völkern nach den Idealen des Völkerverbundes zu verkehren. Andererseits könne es natürlich nicht Selbstmord begehen und sich, wie dies jetzt die Völkerverbände scheinen, ganze Landesteile mit einwandfrei deutscher Bevölkerung aus dem Reichskörper reißen lassen. Ebenso sehr müßte Deutschland es ablehnen, sich von anmarschierenden Bolschewiki-Armeen zum Terrorismus bekehren zu lassen.

Allgemeine Neuwahl der Gemeindevertretungen. Das preussische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwahlen der Gemeindevertretungen müssen bis zum 2. März an einem Sonntag auf Grund des allgemeinen gleichzeitigen geheimen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen nach dem System der Verhältniswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtsmäßige Befugnis. In Verfolg dieser Verordnung hat das preussische Ministerium des Innern jetzt eine Verfügung erlassen, welche die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorstehern durch die jetzigen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Gemeindevertretungen untersagt.

Täglich 800 Hungertodsopfer. In der Preussischen Akademie der Wissenschaften hielt Geheimrat Prof. Dr. med. Kühner einen Vortrag über den Aufbau der deutschen Volkskraft und die Wissenschaften. Die Zahl der Opfer der Blockade schätzt Kühner auf 800 000 Menschenleben, und noch heute raffen ihre Wirkungen täglich etwa 800 Menschen dahin. Zu den Verlusten an Menschenleben und zu der allgemeinen Schwächung der Körperkräfte komme der schwere moralische Schaden, der sich in Abnahme auch der geistigen Widerstandskraft und Spannkraft kundtut. Die Psychose sei die Ursache für das Verdrängen der allerwichtigsten Lebensfragen für unser Volk zugunsten von Nichtigkeiten. Auf sie sei der Hang zur Genügsamkeit, zum Nachjagen von Vergnügungen aller Art (?) zurückzuführen. Der Gesamtschaden der Blockade für unsere Volkskraft sei auf 56 Milliarden zu schätzen. Die Hygiene müsse alles tun, um die Volkskraft gesunden zu lassen. Erst nach vielen Monaten und gestützt auf fremde Hilfe, werde das möglich sein. Dann werde auch die seelische Verfassung sich wieder heben, die Willenskraft erstarben. Alles sei aber nur zu erreichen auf Grund eines gewissen Volkswohlfandes, der seinerseits durch Wiederkehr geregelter Arbeit entstehen kann.

Von Genuß- und Vergnügungssucht im Volke haben wir nicht viel bemerkt, wohl aber gibt es Herrschaften, die sich den Teufel darum kümmern, ob das Volk etwas zum Leben hatte oder nicht. Und jene Herrschaften sind die Kriegsdämonen jeder Art, die als „stille Wesenszug“ die Ausplünderung des Volkes betreiben.

Verhandlungen mit den Deutschpolen in Berlin. Die Polen in Polen haben die Reichsregierung um Kohlenlieferung ersucht und sich dafür bereit erklärt, Lebensmittel zu liefern. Die Reichsregierung hat das Ersuchen in dieser Form abgelehnt und erklärt, daß sie aus dem preussisch-polnischen Problemkomplex nicht einzelne Fragen herauslösen lassen könne, sondern darauf bestehen müsse, daß das deutsch-polnische Verhältnis in seiner Gesamtheit erörtert werde. Die preussischen Polen haben sich damit einverstanden erklärt, drei ihrer Vertreter sind in Berlin eingetroffen. Gestern begannen ihre Verhandlungen mit der Regierung des Reiches und Preußens.

Die Deutsch-Demokraten und die Deutsch-Industriellen. Unser Dessauer Parteiblatt veröffentlicht ein Zirkular des Landesverbandes der Industriellen in Anhalt, worin die Verhandlung mit den Mitgliedern auf die große Bedeutung der Wahlbewegung hinweist und sie auffordert, reichliche Geldmittel für die Parteien zur Verfügung zu stellen, welche die sozialistische Bewegung bekämpfen. In Anhalt läme dafür vor allem die Deutsch-Demokratische Partei in Betracht.

Wir finden an diesem Rundschreiben nichts Ueberraschendes. Wir hatten es für selbstverständlich, daß eine Partei, wie die der Deutsch-Demokraten von den Unternehmerverbänden finanziell unterstützt wird. Aber viele Wähler, welche sich über die Demokraten Illusionen gemacht haben, werden hoffentlich an dieser Stellungnahme der Industriellen erkennen, daß für sie in dieser Partei kein Platz ist.

Zur Rückbeförderung unserer Kriegsgefangenen. Auf das Ersuchen deutscherseits, die Kriegsgefangenen freizugeben, hat Hoch J. 3. erklärt, die Angelegenheit sei Sache der Alliierten und er wolle sie besprechen. Von deutscher Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen aufzustellen und der deutschen Unterkommision zu überreichen. Auch dies wurde von französischer Seite abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß bis 1. März etwa 200000 deutsche Kriegsgefangene in Nordfrankreich konzentriert sein würden, um dort alles wieder aufzubauen, was die Deutschen „demoliert“ hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, jedoch eine große Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen eingeleitet habe. Dadurch werde die Aufstellung von Lagerlisten erschwert, und die Angaben dieser Lagerlisten würden binnen kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

Rußland. Die Antwort der Bolschewiken. Auf die Einladung der Entente zu Verhandlungen telegraphierte Dr. Dillon im Haag dem Daily Telegraph: Ich bitte bekanntzumachen, daß die Regierungen von Omsk, Sibirien, Archangel und der Krim sich dafür bedanken werden, Vertreter zu senden, um mit den Führern ihrer Verbänden und den Vertretern ihres Vaterlandes zu unterhandeln. Sie werden diese Haltung in keinem Falle ändern, und ich glaube, daß eine Lösung weiter entfernt ist, als je.

Die staatsrechtlichen Urteile der Sowjet-Regierung. Nach einem Berichte der Petersburger „Pravda“ haben die russischen Sowjets im letzten Vierteljahre 1918 in 13 764 Fällen das staatsgerichtliche Urteil vollstreckt.

Schweiz. Kleinliche Politik. Die Schweizer Bundesbehörden haben Dr. Friedrich Adler, der die österreichische Sozialdemokratie auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Bern vertreten sollte, wegen seines Attentats auf den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh im Jahre 1916 die Einreisegenehmigung für die Schweiz verweigert.

Italien. Bildung von Soldatenräten. Am Montag hielten Tausende von Soldaten in Mailand Versammlungen ab, in denen sie ihr Mißtrauen gegenüber der Regierung und den herrschenden Klassen Ausdruck verliehen. Schließlich wurde die Gründung eines Rates demobilisierter Soldaten beschlossen, der den Charakter der deutschen Soldatenräte trägt.

England. Forderungen der englischen Armee. Die Armee hat durch ihre Vertreter folgende 11 Forderungen an Lloyd George gerichtet: 1. Alle Urlauber in England, die eine Stelle haben, sind sofort zu demobilisieren und dürfen nicht zu ihren Truppenteilen zurückgeschickt werden. 2. Die Demobilisierung muß nach der Dienstdauer erfolgen. 3. Die Heimarmee darf nicht schneller demobilisiert werden als die Ueberseearmee. 4. Versorgung der verheirateten Soldaten ist verboten. 5. In demselben Jahrgange gehen die Soldaten, die eine Stelle haben, voran. 6. Stellenlose demobilisierte müssen eine Unterstützung erhalten in der Höhe der Standardlöhne ihrer Beschäftigung vor der Rekrutierung. 7. Sofortige automatische Demobilisierung aller Männer über 41 Jahre. 8. Im Interesse der Beschleunigung der Demobilisation ist der Urlaub aufs strengste einzuschränken. 9. Die Demobilisierung muß in dem Depot erfolgen, das der Heimat des Demobilisierten am nächsten liegt. 10. Die Besatzungsarmee muß kolonialen Sold erhalten. 11. Die Soldaten erhalten das Recht, einen ständigen Ausschuss zu ernennen, der dem Kriegsrat als Berater zur Seite steht in allen Dienstangelegenheiten, die das Wohl der Soldaten betreffen, als da sind Demobilisierung, Sold, Disziplin und Verpflegung. Er geht aus freier Wahl der Soldaten hervor. Von allen diesen Forderungen legen die Soldaten den Hauptnachdruck bezeichnenderweise auf die 11. Forderung.

Kleine politische Nachrichten. Für die Bekämpfung des Bolschewismus sprachen sich die Vertreter der deutschen Akademiker aus. Sie beschlossen die Gründung eines vaterländischen Hilfsfonds zu diesem Zweck. Die in der Landwirtschaft notwendigen Arbeiter schätzt man auf 600 000. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig beschloß die Zensur für das W. L. B. aufzuheben. Ferner wurde ein Antrag Merges angenommen, nach dem den bürgerlichen Zeitungen die behördlichen Inverate entzogen werden sollen.

Mutterfreunden. Roman von H. Salomon. (Schluß) Als er den Hof betrat, sah er gerade, wie Friedel in ausgedehnter Weite mit seinen drei älteren Kindern, zwei Mädchen und einem Knaben, amherumging, während er der Bank vor der Haustür die junge Mutter des Jüngsten an der Hand hatte. Mit ungesehenen Schritten schritt die alte Bäuerin an der Seite von Friedels Frau dem frohlockenden Treiben zu. Gemessenen Schrittes kam der Pastor näher und seinen Hund hinter sich herlaufend zu dem nach ganz richtigem, verwundert aussehenden Friedel: „Möge Euch der Herr erlauchien!“ „Danke schön, Herr Pastor!“ erwiderte dieser lächelnd. „Sagt mal, Friedel“, begann der Pastor in väterlichem Tone, „Ihr seid wieder glücklich verheiratet, nach fünf Jahren Eurer Kinder erstant worden. Wollt Ihr nicht das Verflämte, da wir jetzt doch noch jähren Gotteshaus besitzen, nun noch nachholen? Denkt doch an, daß Eure Kinder die keine Heiraten umherlaufen und ein Geßpött ihrer Kameraden ausgeht hat!“ „Das letztere wäre freilich das Schlimmste“, sagte Friedel lächelnd, „doch ich hoffe, daß der Spott nicht allzu groß wird. Wenn es dann aber meinen, Herr Pastor, daß meine Kinder wie kleine Wesen umherlaufen, so möchte ich mit die Frage erlauben: Wären meine Kinder etwa anders umherlaufen, wenn sie gekauft wären?“ „Über die Dinge hat Herr Friedel“, sagte der Pastor, „wollt Ihr keine Auskunft geben bei dieser eigenartigen Frage. Das sagt nicht. Oh! Ich meine es ja nur für spätere Zeiten, wenn die Kinder größer werden und dann womöglich den Eltern für ihre kindliche Unerfahrenheit Bestürzung machen.“ „D. darüber können Sie unbesorgt sein“, erklärte ihm Friedel, „Ich werde mit meinen Kindern so erziehen, daß dieser Spott nie auf sie kommen wird. Ich werde, Herr Pastor, meine Kinder

lehren, daß man auch ohne Ihre Religion ein guter und liebevoller Mensch werden kann. Mein Bibelspruch, nach dem ich lehre, lautet: „Tue recht und habe niemand!“ Wer danach lebt, Herr Pastor, braucht keine Religion.“ „Groß und verwundert blickte der Pastor den vor ihm mit ernstem Gesicht stehenden Friedel an. Das hatte noch kein Mensch fertig gebracht, ihm so etwas ins Gesicht zu sagen. „Aber lieber Mann“, rief er in heller Verzweiflung aus. „Was würde denn aus der ganzen Menschheit werden, wenn sie alle so geübt würden, wie Sie es zu sein scheinen? Haben Sie denn eine Religion im Leibe gehabt?“ „Aber Religion meinen Sie, Herr Pastor?“ fragte Friedel ruhig. „Nun, selbstverständlich die christliche!“ „Selbstverständlich?“ meinte Friedel ironisch. „Vergessen Sie nicht, Herr Pastor, daß es auf der Welt hunderte Arten von Religionen gibt. Und jeder einzelne dieser Gläubigen behauptet selbstherrlich, daß seine die beste und die richtige ist. Wer hat nun hier recht?“ „Jüngstmalles hatte der Pastor diesen gottlosen Mann an. Die große kommt mir so überhand, daß ich wirklich im Augenblick nicht weiß, was ich darauf antworten soll. — Ich halte natürlich an meinem christlichen Glauben für den richtigen.“ „Sehen Sie, Herr Pastor, da haben wirs ja!“ sagte Friedel frohlockend. „Sie sagen: natürlich ist unser Glaube der beste!“ „Sehen wir zum Katholiken oder zum Juden oder sonst irgend einem anderen Gläubigen, so wird Ihnen jeder genau dasselbe sagen. — Die Sache liegt nun so, Herr Pastor: Wenn Sie mir den unumkehrlichen Beweis erbringen können, daß Ihre Religion die einzig richtige ist, dann habe ich sofort alles Verflämte wieder nach. Wenn jedoch nicht — dann beharre ich auf meinem Standpunkt.“ „Unmöglich blickte der Pastor umher. Er fühlte sich zum erstenmal in seinem Leben so hilflos, wie ein kleines Kind, das ins Wasser gefallen ist und nicht wieder heraufkommen kann.

Endlich aber warf er sich in die Brust und fragte plötzlich: „So glauben Sie denn also absolut an rein gar nicht?“ Bei dieser Frage stieg ein heiliges Leuchten in Friedels Blick auf. Er sah hinüber zu seinem blühenden Weibe mit dem rosenfarbenen Kinde an der Brust. Junge, glückselige Mutterfreunde lag in ihren Armen, als sah ihre Blicke beglückten und seine Rechte feierlich auf die Schulter des Pastors legend, sagte er mit überquellender, zu Herzen gehender Stimme: „O doch, Herr Pastor! Ich glaube an die ewig unwandelbare und nie verlebende weltumspannende Menschenliebe, die einst die ganze Menschheit erfüllen wird und nun und trümpfieren wird über alle bösen, die Herzen vergiftenden Geister!“ „Sagen Sie, Herr Pastor, vor diesen in edler Begeisterung glühenden Augen den Blick. Qualende Zweifel stiegen in seinem Herzen auf, die er vergeblich zu bannen suchte. Er sah dort das stiebliche schönste Echnüßchen vor sich in seiner ganzen bestrahlenden Innigkeit. Wie Schuppen fiel es ihm von den Augen. „Wollt nicht, er jetzt den Blick auf Friedel, und ihm seine Hand bietend, sagte er vor innerer Bewegung mit bebender Stimme: „Behaltet Euren Glauben und bleibt glücklich!“ Darauf grüßte er ernst die beiden und langsam die Brust voll widerstrebender Gefühle, verließ der Pastor den Hof. Mit stillen Blicken sehen Friedel und sein Weib der hohen Gestalt nach, bis sie hinter den Bäumen verschwunden war. Noch lange stehen die beiden Glücklichen dicht aneinander gekauft in tiefe Gedanken verfunken. Dann umfaßt er sein Weib und liebtvoll in ihre glückseligen Augensternen tauchend, sagte er feierlich: „Der Same ist gesät, o möge er fruchtbar aufgehen!“

Genen Lebedour schwebt jetzt ein Strafverfahren wegen Verachens bezw. Verbrechens gegen die Paragrafen 115 und 124 (Mißbrauch und Landfriedensbruch), da sich Lebedour als Räuberführer betätigt haben soll. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenfeld, der bisherige Justizminister, hat einen Antrag auf Haftentlassung gestellt, ein Bescheid ist noch nicht ergangen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 25. Januar.
Herabsetzung der Kartoffelration. Das Reichsernährungsamt wird vom 3. Februar ab die wöchentliche Versorgungsration an Kartoffeln auf 5 Pfund für den Kopf der Bevölkerung herabsetzen. Vom gleichen Zeitpunkt an wird eine Senkung der Kartoffelration für die Selbstversorger von 1 1/2 Pfund auf 1 Pfund pro Tag eintreten. Als Ausgleich soll vom 3. Februar ab die wöchentliche Fleischmenge um 100 Gramm erhöht werden. Die Schwerarbeiterationen werden von diesem Zeitpunkt ab wegfallen. Eine Ausnahme bilden nur die Bergarbeiter unter Tage, die die bisherige Menge weiter erhalten. Für Selbstversorger wird die Fleischration wieder von 400 auf 500 Gramm erhöht werden.

„Das haben Sie den Sozialisten zu verdanken!“ In der hiesigen Vöden-Apothekelautete einer unserer Mitbürger in der vorigen Woche ein kleines Schächtelchen Zinksalbe, das früher vielleicht 10 oder höchstens 20 Pf. gekostet haben mag; er bezahlte dafür 50 Pf. Einige Tage später kam seine Frau in die gleiche Apotheke und ließ sich dieselbe Zinksalbe verabfolgen. Jetzt folierte sie bereits 60 Pf. Auf ihre erstaunte Frage nach der Ursache der neuen Preissteigerung wurde ihr die Antwort: „Das haben Sie den Sozialisten zu verdanken.“ Da der verteuerte Apotheker aber gar kein Sozialist ist, so wollte er mit seiner Auslassung nur die Arbeiter für Erhöhungen verantwortlich machen, die im kapitalistischen Profitinteresse ihre Ursache haben. Dieses durchsichtige Manöver, das gegenwärtig recht oft von Kriegsgewinnlern und ihr Geistesverwandten beliebt wird, verdient an den Pranger gestellt zu werden.

Aufhebung der Postfreiheit für Feldpostsendungen.
Infolge der Demobilisierung des Heeres und der Marine treten die den Heeres- und Marineangehörigen gewährten Postvergünstigungen für Feldpostsendungen in dem nachstehend bezeichneten Umfang außer Kraft: 1. Für alle Heeres- und Marineangehörigen im Inlande erlöschen die Vergünstigungen des Feldpostverkehrs mit Ablauf des 31. Januar 1919. 2. Für alle Heeres- und Marineangehörigen in den besetzten Gebieten erlöschen die Postvergünstigungen des Feldpostverkehrs, soweit ein solches noch zulässig ist, einheitlich mit dem Uebertritt auf heimischen Boden. So lange diese Heeresangehörigen sich noch in besetzten Gebieten befinden, müssen die an sie gerichteten Sendungen, für die die Vergünstigungen des Feldpostverkehrs beantragt werden, die vorgeschriebenen Feldpostmarken tragen (Armeeverordnungsblatt für 1918 zu S. 386). Außerdem empfiehlt sich dringend, neben dem Zusatz „Offen“ auch noch das Land (Russland, Ukraine usw.) anzugeben, in dem der Empfänger sich befindet. 3. Inwieweit Feldpostvergünstigungen noch für bestimmte Formationen im Inlande (Grenzschutztruppen) zu gewährt sein werden, wird besonders bekanntgemacht. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

Vom Sternenhimmel im Februar. Vom 23. Januar bis 1. März, nämlich von da an, wo Venus wieder als Abendstern erscheint, bis dahin, wo Mars in den Strahlen der untergehenden Sonne verschwindet, sind die 4 Planeten, die wir mit unbewaffnetem Auge erblicken können, zu gleicher Zeit zu sehen. Mars wird von Venus am 13. Februar eingeholt, die am Abend dieses Tages am westlichen Himmel tief unten rechts über dem Sternbild des Wassermanns zu sehen ist, 30 Grad vom Frühlingspunkt entfernt, während Mars, ebenfalls rechts über dem Wassermann, nur eine Vollmondsbreite höher steht. Jupiter und Saturn, von denen ersterer am 14. sich der Sonne gegenüber befindet, erheben wir uns bei fast entgegengegangenen Seiten des Himmels hoch oben in den Zwillingen und im Löwen, beide rückläufig. Vom 28. Februar an steht auch Merkur links von der Sonne rechts über dem Wassermann, nachdem er zwei Tage vorher den Uranus überholt hat, er vom 16. an Morgenstern ist. Neptun befindet sich am 28. Januar der Sonne gegenüber rückläufig im Krebs. So sind also 1 dem bezeichneten Zeitraum 5, vor dem 16. und nach dem 23. Februar sogar 6 Planeten nach Sonnenuntergang gleichzeitig über dem Horizont am Abendhimmel, gewiß eine seltene Erscheinung.

Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten und ehemalige Kriegerkameraden. Ein Berlin (Ortsgruppe Lübeck) hält am Sonntag, dem 26. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerblichkeitsbau eine große öffentliche Versammlung ab. — Jeder Kamerad, der gewetener Soldat ist herzlich willkommen. — Als Referent wird der 1. Vorsitzende dieses Bundes, Kamerad J. Gierke, erheinen.

Sausa-Theater. Für Sonntag nachmittag ist das lustige Märchen „Das tapfere Schneiderlein“ angelegt, dessen Abenteuer hat den Jubel ungezählter Kinder wecken wird. Am Abend aber die erste Sonntagsaufführung der erfolgreichen Operette „Der verliebte Herzog“ mit Herrn Edgar Bauyl als Hofmarschall epomul statt. Herr Bauyl wird sein Gastspiel auch in den kommenden Woche fortsetzen.

Hamburg. Eine englische Lebensmittelfirma, bestehend aus drei englischen Offizieren, traf zur Bräunung r Lebensmittelfragen in Hamburg ein. Die Kommission ihm Freitag vormittag Führung mit dem Hamburger Kriegsernährungsamt, wo sie sich über die einschlägigen Fragen unterrichtete. In der Mittagszeit wurden Kriegsstücken besichtigt. Abgelehnte Brotpreiserhöhung. Im Zentralrat der Bäcker wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen mit der Bäcker-Zunahme wegen der aufgestellten Lohnforderungen. Die Bäckermeister erklärten sich mit einer Vohnerhöhung einverstanden, jedoch unter der Voraussetzung, daß zugleich auch eine Erhöhung der Brotpreise in Kraft trete. Ein Mitglied des Vorstandes des Zentralratverbandes war nun in dieser Angelegenheit dem A- und S-Rat vorstellig. Hier wurde ihm jedoch erklärt, daß der A- und S-Rat im Interesse der gesamten Bevölkerung niemals seine Einwilligung einer weiteren Erhöhung des Brotpreises geben werde. Es sollen nun weitere Maßnahmen zur Verrückung der Vohnerhöhung beschlossen werden. Am Donnerstag abend erschienen bei dem rmacher Rosenbrock in der Kleinen Reichstraße Nr. 21 zwei oltuten und ein Soldat und legten eine Uhr zur Reparatur. Während der Uhrmacher sich mit der Uhr beschäftigte, lassen die Banditen die Türen und fielen über den auf m Stuhle sitzenden rher, den sie würgten und rch Worfalten eines mit Schwefeläther a gänkten Tuches betäubten. Hierauf raubten die Täter e Briefe und 150 Mk. und zwei Garantiebüchse über 500 und 2000 Mk. der Grundeigentümerbank sowie mehrere iegen und Zigarren. Einer der Vurschen wurde bei dem

Rantze von R. heftig in die Hand gestossen. — Geiprenat wurde eine Werbevermittlung für die Bildung einer antihörschweinfischen Liga, die nach dem Contingenten eiberufen war. Der Referent wurde niedergeschrien. Die Menge, aus der Rufe „Hoch Diebstahl“ und „Nieder mit dem Kapital“ ertönten, zog nach dem Stadthaus, in das sie einmündigen verlockte. Sie wurde durch Schreckschüsse und Gasbomben daran verhindert.

Kiel. Durch Spielen mit Rindhölzern zu Tode gekommen ist die fünfjährige Tochter Grete des Cinnobuere Rieper, Heimstraße Nr. 9. Das Kind war mit seinem dreijährigen Bruder am Freitag nachmittag allein in der Wohnung und muß, wie aus dem Befund hervorgeht, mit Rindhölzern am Ofen gespielt haben, wobei die Kleider des Mädchens in Brand gerieten. In seiner Qual in das Kind dann hinter eine Garderobe geflüchtet und hat dadurch die Gefahr noch vergrößert. Um nangen Körper mit Brandwunden bedeckt und bestimmungslos wurde das bedauernswerte Kind nach den Heilanstalten gefahren und verstarb dort bald nach der Entlieferung.

Kiel. Das staatliche Vorkaufsrecht an Siedlungsanwesenheiten ist für die Provinz Schleswig-Holstein der Schleswig-Holsteinischen Hilfsbank in Kiel übertragen worden. Alle Verkäufer größerer landwirtschaftlicher Grundstücke sind verpflichtet, ihr vor Abschluß der Kaufverträge über die Veräußerung des Grundstückes Mitteilung zu machen.

Elmsborn. Des Nordes verdächtig. Unter Vergiftungserscheinungen verstarb auf der Raab der Landmann Wilhelm Behnte aus Willen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist nun der Landmann Johannes Thiepen-Bülsen der dem B. ein Frühstück verabreicht hat, unter dem Verdacht B. vergiftet zu haben, verhaftet worden.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Die Zauberflöte“, Oper von Mozart. In der Handlung dieser Oper, aus der bei aller Naivität doch auch viel edles warmes Menschentum spricht, hatte Mozart die geeignete Unterlage für seine in edler, unvergänglicher Schönheit ertingenden Musik, die in ihrer Weite, Erhabenheit und Anmut, Herz und Ohr in gleichem Maße gefangen nimmt. Nur ein Gentle konnte dieses prachtvolle Kunsterzeugnis schaffen. Für die gelungene Aufführung war das gesamte Operpersonal aufgegeben worden, so daß auch die kleinen Partien mit ersten Kräften besetzt werden konnten. Das entspricht durchaus dem Werte der Oper. Herr Rogland sang den Tamino mit schönem Ausdruck, wenn es auch seinem Tenor, besonders in der Bildungsarie am Glanz und Leuchtkraft fehlte. Ihm stand in Frau Gerbach eine in Gesang und Darstellung liebliche Pamina zur Seite. Papageno und Papageno, das fröhlich-verlebte Gegenstück dazu, hatte in Herrn Ludwig und Frau Bradesky zwei hier bereits bewährte Vertreter. In der schwierigen Koloraturpartie der Königin der Nacht zeigte Frau Kent-Rothang wieder sehr schätzenswerte Fähigkeiten: nur klingen in den höheren Lagen die forcierten Töne manchmal etwas grell und scharf, was vielleicht auf die noch nicht völlige Verträglichkeit mit den akustischen Verhältnissen unseres Theaters zurückzuführen ist. Herr Walder-Foslowitz auf einen würdigen Sarastro, dessen Organ man nur etwas mehr Rundung gewünscht hätte. Die drei Damen (Ludwig, Korte, Würz und Sonnenberg), die drei Knaben (Friedl, Malinowski, Gander und Sarau), die Geharnischten (Schumacher und Wagner), der würdige Sprecher (Hartmann), der böse Moke (Nieger) waren gut an ihrem Platze. Lob verdient auch der Chor. Herr Kapellmeister Manuffa ed führte das Orchester und die Mitwirkenden auf der Bühne im Geiste Mozarts und damit zum Erfolg. Dekorativ war die Vorstellung von Herrn Ludwig in der bekannten farbenprächtigen Weise ausgefallen worden. Das Haus war wieder ausverkauft.

Dr. Göbber, der ausgezeichnete Dirigent des Orchesters des Lübecker Vereins der Musikfreunde und trefflich schaffende Künstler, scheidet mit Ablauf dieser Spielzeit von seinem hiesigen Posten. Das wird man in den Kreisen, die mit Dr. Göbber der Reimuna waren, daß es eine Aufgabe des durch die Revolution geschaffenen neuen Deutschlands ist, an dieser Musik alle, die sich dazu drängen, teilnehmen zu lassen, die Pflanz- oder Wurz zu einer Einrichtung des Volksgenusses zu machen, lebhaft bedauern. Es ist dabei festzustellen, daß den Vorstand des Musikvereins die ganze Verantwortung dafür trifft, wenn dieser von Orchester und Publikum in gleicher Weise hochgeschätzte Künstler Lübeck verläßt. Unter den schwierigen Verhältnissen der Kriegszeit haben unter ihm die Leistungen des Orchesters und die Programm der Konzerte auf einem hochachtbaren, künstlerischen Niveau gehalten. Nun, wo Dr. Göbber mit einer friedensstarken Wertschätzung seine Musikerschaft voll entfalten wollte, raubt man ihm die Möglichkeit dazu. Da der Staat alljährlich große Summen für den Musikverein aufwendet, erscheint es doch höchst bedenklich, wenn der Vorstand dieses Vereins so ohne erkennbare Veranlassung stehend in unser Kunstleben eingreift.

Neueste Nachrichten.

Für Pressefreiheit.
Berlin, 25. Januar. Der Zentralrat der Sozialistischen Republik Deutschlands fordert alle A- und S-Räte im Reich auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu unterlassen. Wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet werden, die Presse- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit sicher zu stellen.

Die Lage im Osten.
Berlin, 25. Januar. Der Grenzschutz für den Osten ist auf zwei kriegsstarke Armeekorps gebracht. Ueber Frankfurt-Doer gehen nun täglich acht Truppentransportszüge nach dem Osten. Der polnische Volksrat in Posen hat über die besetzten Gebiete den Belagerungszustand verhängt. Das Gebiet von Deutschen ist von den Polen gekümmert.

Austritt des Generals von Winterfeld.
Berlin, 25. Januar. Der Vorsitzende der dritten Waffenstillstandskommission in Spa, General v. Winterfeld, ist zurückgetreten. Der Grund ist die Befehung des Abzuges des 11. Armee-Korps von Stragburg, in dem Winterfeld ein Zeichen von Mißtrauen gegen die Arbeiten der deutschen Waffenstillstandskommission erblickt.

Vollstweijische Vorbereitungen in Holland.
Berlin, 25. Januar. Aus dem Haag meldet die „Times“, daß alle Polizeibehörden in Holland Vorbereitungen gegen etwaige neue revolutionäre Unternehmungen der Bolschewisten in Holland treffen. Aus verschiedenen Anzeichen wird geschlossen, daß tatsächlich die nächste Unternehmung der Bolschewisten in Holland erfolgen wird. Durch das Vergehen der vor einigen Wochen unternommenen Versuche seien die Revolutionäre nicht entmutigt. Im Haag und in Rotterdam seien zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden.

Ausweisung von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären.
Frankfurt a. M., 25. Januar. Der sozialdemokratische Parteisekretär Reese und der Funktionär des Bergarbeiterverbandes Potony, beide in Saarbrücken, sind von dem französischen Kommandanten ausgewiesen worden. Reese mußte seine Familie in Saarbrücken zurücklassen. Der Ausweisungsbefehl bezeichnet die beiden erprobten Genossen als „Seher, die bolschewistische Ideen verbreiteten“.

Nach dem „Temps“ wird Meß auch weiter von deutschen Elementen geräumt. Von diesem Schicksal ist auch der Führer des lothringischen Zentrums, Reumont, betroffen worden. Alle deutschen Professoren in lothringischen Mittelschulen sind ihres Amtes enthoben worden.

Protekt gegen Neuformationen.
Stuttgart, 25. Januar. Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs hat im Einvernehmen mit dem württembergischen Kriegsminister beim Rat der Volksbeauftragten in Berlin aufs entschiedenste Einspruch gegen die wiederholten Bestimmungen und Verfügungen des preussischen Kriegsministeriums über die Aufstellung von Neuformationen erhoben. Sie fordern völligen Abbau und Auflösung des jetzigen stehenden Heeres und Bildung einer freiwilligen Volkswehr auf demokratischer Grundlage. Bei den bemängelten Neuformationen handelt es sich um Infanterie sowie um Wiederherstellung des Pferdeersatzes von 1914 für Kavallerieregimenter.

Die militärische Demobilisierung Deutschlands schreitet, wie aus Berlin gemeldet wird, tüchtig vorwärts. Dies beweist am besten die Entlassung des Jahrganges 98. Die Demobilisierung wird auch weiterhin mit aller Energie und Entschiedenheit fortgesetzt und wird trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich beim Rücktransport der Truppen in ihre Heimat ergeben, in kürzester Frist vollendet sein.

Auslieferung von Mitschuldigen.
Kassel, 25. Januar. Die „Times“ meldet aus Paris: Ein Antrag auf Auslieferung Kaiser Wilhelms umfaßt auch die Auslieferung nach Auslieferung von 9 namentlich aufgeführten Mitschuldigen, u. a. General Lubendorf, Admiral Tzipig, Staatssekretär von Jagow, den deutschen Kronprinzen und General von Falkenhayn.

Der Sinnfeiner-Aufstand in Irland.
Bern, 25. Januar. In Irland entfendet die republikanische Sinnfeiner-Regierung Kommissare zur Entfernung der englischen Verwaltungsbehörden und bereitet die Einführung von Steuern vor. Die nächsten Maßnahmen sind darauf angelegt, den ganzen Bereich mit England schlagzulegen. Auf englischer Seite markiert man ruhige Sorglosigkeit, trifft jedoch alle Vorsichtsmassregeln.

Gärung in Spanien.
Bern, 25. Januar. Die spanische Regierung ist wegen bolivischer Wirtlicher Unruhen in Barcelona beunruhigt. 200 Geiseln sind geflohen. In letzter Zeit wurden 72 Unternehmener ermordet, ohne daß man der Täter habhaft werden konnte. Man erwartet bei der bevorstehenden Abjchiebung von etwa 900 Russen und Türken Widerstand seitens der spanischen Syndikalistin und rechnet mit der Erklärung des Belagerungszustandes in Barcelona.

Die Kommissare in Portugal.
Rotterdam, 25. Januar. „Daily Mail“ meldet: Die portugiesischen Hafenstädte und zwei Drittel des Landes sind in Händen der Monarchisten. Lisbon wird noch von den Reaktionsgruppen gehalten. Die Lage ist für die Regierung ernst, da die Haltung der aus Frankreich zurückgekehrten Truppen schwanken ist.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gesetzten Artikel: Paul Löwig. Für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Warenausgabe

in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar 1919.

Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte:

Butter:	Abchnitt 62)	65 Gr. Margat. z. Preise v. 29 Pf.
Speisefett:	62)	
Zucker:	85 u. 86 je 125 Gramm Zucker (bis 15. Februar 1919).	
Mühlensubstrate:	76	125 Gr. Grüge od. Graupen je nach Portat, zum Preise von 44 Pf. für 1 1/2 kg.
Margarin:	87	750 Gr. Marmelade z. Preise von 1 Mk. für 1/2 Kg.

Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes sind diese Waren in den Geschäften zu entnehmen. Bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten und in folgenden Geschäften verabsolgt und entnommen werden:

für Butter und Speisefett	Dora Gündel, Peckergrube 9, Ludm. Hartwig, Obertrave 8, Konsumverein, Warenabgabestelle Warendorpsstr. 1/3.
für Zucker, Mühlensubstrate, Ausstrichmittel:	S. Drefalt, Breitenstr. 28/30 Z. Suhrmann, Holstenstr. 23 Konsumverein, Warenabgabestelle Warendorpsstr. 1/3

Auf die Bezugsausweise für Militärkäufer in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar 1919

Ganze Wochenmenge	wie bei der Lebensmittelkarte.
Salbe	30 Gramm Margarine 75 „ Zucker 75 „ Grüge oder Graupen 125 „ Marmelade.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten und in den oben angegebenen Geschäften zu entnehmen.

Auf Butterbezugshefte: 1/3 aus der höchstzulässigen Bezugsmenge in Margarine.

Lübeck, den 24. Januar 1919. (8449)

Das Landesverorgungsamt.

Kartoffeln.

Das Landesverorgungsamt gibt im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bekannt:

I.
Vom 27. Januar bis 2. Februar 98. J. dürfen auf Abchnitt 9 der 1. A. Kartoffelkarte sieben Pfund Kartoffeln entnehmen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann bei den Kartoffelerzeugern und den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelkartenabchnitte geschehen.

II.
Zwischenhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 25. Januar 1919. (8463)

Das Landesverorgungsamt.

Abt. Städt. Kartoffelstelle.

Anmeldungen für unsere Schulkurse werden entgegengenommen
Abt.: Schuhfürsorge
Königstraße 19.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Lübeck

Preiswerte Waren

im Erdgeschoss unseres Kaufhauses zur Auslage gebracht.

50 Bz. Briefpapier 1⁹⁵ A
 50 Umschläge zusammen 1⁹⁵ A
 Briefmappe 'Holsatia' 1⁹⁵ A
 25 Bögen und 25 Umschläge
 100 Mundtücher 2²⁵ A
 Krepp mit bunter Kante
 Tischläufer gemustert 48 S
 ca. 2 Meter lang.
 Butterbrotpapier Rolle 55 S
 Toilettenpapier Rolle 40 S

Zwirnspitzen ca. 2-3 cm breit . . . Meter 18 S
 Tüllspitzen ca. 10 cm breit . . . Meter 40 S
 Seidene Tüllspitzen bis 10 cm breit . . . Meter 75 S
 Kunstseiden-Besätze in reicher Auswahl . . . Meter 25 S
 Wäsche-Stickerien ca. 5 cm breit . . . Meter 85 S
 Hemdpassen gestickt auf gut. Wäsetuch, Stück 2⁹⁵ A

Herren-Hosenträger stark Fabrikat 3.95 1.50 95 S

Näh- u. Knopfloch-Solden in allen Farben zu festgesetzten Höchstpreisen

Herren- und Damen-Mützen dunkelblau mit Schirm 1.95 1⁴⁵ A
 Kinder-Schwester in verschied. Farben 95 S, 48 S
 Fußsitzzen zum Anziehen schwarz, braun, grau Paar 10 S
 Fußschlupfer Baumwolle für Her. Paar 1.50, f. Kinder 1³⁵ A
 Kind-Strickhandschuhe für 2-4 Jahre Paar 75 S
 Damen-Handschuhe gestrickt Paar 1⁷⁵ A
 Trikot-Handschuhe schwarz und farbig Paar 2²⁵ A

Sohlenschoner 'Famos' Karte 10 S
 Schnürsenkel 100 cm lang Paar 38 S
 Schnürsenkel Rein Mako 100 cm lang Paar 95 S
 Stopfgarne schwarz und grau . . . Karte 18 S
 Strickgarne grau Lage 3⁹⁰ A
 Wäscheknöpfe Rein Leinen . . . Dutzend 28 S
 Miederband starke Baumwollware, Meter 1⁷⁵ A

Romane von E. Maritt, Scherfel, Stenbiewicz und andere jeder Band 1²⁰

Humoresken und Erzählungen verschiedener Autoren jeder Band 1.35 95 S, 75 S

Grosse

Volkshundgebung

am Sonnabend, d. 1. Februar 1919,

7 1/2 Uhr abends,

in der **Stadthalle.**

Die Friedenskonferenz, auf der auch über das Schicksal unserer Kolonien verhandelt wird, steht vor der Tür.

Deutsches Volk, Du hast ein Recht auf Kolonien!

Darum, deutsches Volk, mußst Du Deine Kolonien zurückfordern!

Auch Du, Lübeck, mußt auf dem Plane erscheinen!

Kommt alle, Lübecker Frauen und Männer, ohne Unterschied der Parteien!

Vortragender:

Bezirksamtman n a. D. Dr. Karstedt, Berlin, der über das Thema sprechen wird:

Was soll aus uns werden — ohne Kolonien ???

Die Abteilungen Lübeck

(8441)

der Deutschen Kolonial-Gesellschaft.

des Frauenbundes der Deutschen Kolonial-Gesellschaft.

Helft uns, unser Gewerbe wieder anzurichten!

Kauf Gutes Brot bei uns Kriegsteilnehmern!

Innere Stadt:

Fr. Kruse, Wahnstr. 27.
 A. Schlotmann, Roßengarten 2.
 Ernst Schmidt, Glockengießerstr. 42.

Burgtor:

Ferd. Probst, Coignystr. 14.
 Heinr. Tamm, Werderstr. 28.

Hofstentor:

J. Barghoiz, Friedenstr. 86.
 Anton Böckler, Friedenstr. 48.
 D. Bornemann, Schwarz. Allee 16a.
 H. Heinemeier, Ziegelstr. 10.

P. Lohse, Hanjastr. 37.
 Ad. Metelmann, Fuchtingstr. 19.
 Hugo Süfke, Meierstr. 39.
 Hugo Waack, Schwarztauer Allee 183.

Höfgericht:

W. Reim r, Altendornstr. 26.

St. Jürgen:

Amandus Behncke, Kahlhorststr. 47a

Tel. 1473. Tel. 1473.

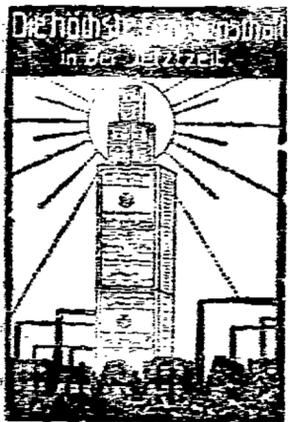
Rohle für Stutz-Pferdehaare, reine Ochsen- u. Schweinehaare, ausgek. Frauenhaar sowie Männerschnitthaare, Hausstandslumpen, Zeitung, und Geschäftsbücher, alte Metalle und altes Eisen, Hasen- und Kaninchenfelle höchste Tagespreise. (8467) Amtliche Knochenabnahmestelle

Lissauer, Kleiner Schranzen 8.

Sinnfälliger der in Umlauf gesetzten Gerüchte über meine Verwendung der Glas-Gelder verweise ich die Leser dieses Blattes auf mein ausführliches Eingefandt in den Morgenausgaben der drei anderen Lübecker Zeitungen vom 23. d. Mts. (8452)

v. Wright,

Generalleutnant a. D.



Verlangen Sie 8422
Intreihweiß
 bestes schäumendes
 Wasch- und Bleichmittel.
 Preis 75 Pfg. für das Paket.
 Zu haben in Droge- und
 Kolonialwaren-Geschäften.

Engros-Vertrieb:
Hans Renzow
 Fernsprecher 269.

Nähmaschinen-Ersatzteile

für sämtliche Systeme. (8408)
 Reparaturen, Öl, Nadeln.
Braunstr. 38, pt.

Je es Angezietet verrügt u Garantie
Friedr. Kröger,
 hereditärer Kammerjäger und
 öffentlicher Sachverständiger
 Altr. 3. (8472) Tel. 1794.



Blockwagen
 in allen Größen, bis 8 Str.
 Tragkraft. (8474)
E. Blesath Ww., Sandstr. 9.

Kastenblockwagen
 besonders stark, billig. (8480)
Beckergrube 5 II.

Deffent. Versteigerung im Heil. Geist-Hospital.

Montag, den 27. d. Mts., vorm. 9 1/2 Uhr beginnend, ver-
 kaufen die aus den Nachlassen der verstorbenen Hospitaliten her-
 kommenden Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung, als:
 Möbel versch. Art wie etwa 12 Stück Kommoden, Tische,
 2 Sofas, 1 Schatulle, Stühle, Korbstühle, Spiegel, Bilder,
 Uhren, gute Gläser, Tassen, Teiler, Kochtöpfe u. a. m.,
 ferner 1 K. Partie Bettzeug.
Heinrich F. W. Koch, Fernspr. 1050 u. 1350.
 Volontär angehefter Versteigerer. Konto: Marienstraße 11.

Brennholz

geschnitten in Längen von 20 cm
 zu 7.- Mk. pr. Ztr.
 ab Kehr an der Holstenbrücke unterhalb Petersgrube
 zu verkaufen.

Albert Busch, Kohlenhandlung
 Adlerstrasse 16.

Nach Verkauf meines Hauses Friedenstr. 78/Bro-
 kingstr. 1 an Herrn Karl Schröder befindet sich mein

Kohlengeschäft
 nur noch auf meinem
Lagerplatz Warendorferstr. 14 u. 22.
 Öffn. v. 3-12 u. 2-5 Uhr. — Kantor Warendorferstr. 22.

Johs. Mustin
 Fernrat 274a.

Der Lage des Geldmarktes ent-
 sprechend werden wir vom 1. Februar
 1919 ab unter Abänderung bestehender
 Bestimmungen bis auf weiteres im

Giro- und Scheckverkehr

2% p. a.

an Zinsen vergüten. (8482)

Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.,
 Commerz-Bank in Lübeck,
 Commerz- und Diskonto-Bank Filiale Lübeck,
 Dresdner Bank Filiale Lübeck,
 Holsten-Bank Abteilung Lübeck,
 Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.,
 Landbank Lübeck e. G. m. b. H.,
 Lübecker Privatbank,
 Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck,
 Spar- und Vorschub-Verein Schwartau,
 Vorschub- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Unsere Wahlvorschläge für die Bürgerschaftswahl sind:

a	b	c	d	e
für die Inselstadt amtl. Wahlvorschlagsnummer 1	für die Vorstadt St. Jürgen amtl. Wahlvorschlagsnummer 5	für die Vorstadt St. Lorenz amtl. Wahlvorschlagsnummer 4	für die Vorstadt St. Gertraud amtl. Wahlvorschlagsnummer 3	für die eingemeindeten Stadtteile und die Landgemeinden amtl. Wahlvorschlagsnummer 6
1. Töpfer, Carl, Kaufmann.	1. Klein, Julius, Buchbinder.	1. Vape, August, Fabrikant.	1. Görs, Heinrich, Dr., Rechtsanwalt.	1. Remann, Heinrich, Röhrenermeister zu Schlutup.
2. Wölkow, Heinrich, Kaufmann.	2. Ziemann, Max, Kaufmann.	2. Heintze, Carl, Malermeister.	2. Eichenburg, Hermann, Kaufmann.	2. Hargus, Carl, Malermeister zu Travemünde.
3. Leise, Julius, Kaufmann.	3. Bartels, Elise, Weinhandl.	3. Thiel, Heinrich, Fabrikdirektor.	3. Schulmerich, Wilhelm, Refektor.	3. Bröck, H., jun., Landmann zu Harmstedt.
4. Hartmann, Martha, Buchhändl.	4. Meyer-Lierßen, Ernst, Dr., Landratsdirektor.	4. Landau, Charlotte, Ehefrau.	4. Köster, Wilhelm, Gerichtsfleischer.	4. Thies, Max, Hautbuchhalter zu Herrenwyhl.
5. Hempel, Johann, Kaufmann.	5. Voie, Ernst, Kaufmann.	5. Neumark, Moris, Dr., Direktor des Hochseeswerkes.	5. Brenig, Elise, Ehefrau.	5. Fischer, F. J., Bahnhofsdir. u. Travemünde.
6. Wandte, Hermann, Malermeister.	6. Pannels, Conrad, Parkbeamter.	6. Schwabach, Johannes, Kaufmann.	6. Rhode, Georg, Klempnermeister.	6. Rump, F. H., Röhrenermeister zu Schlutup.
7. Ambrosius, Heinrich, Buchhändl.	7. Steffen, Johannes, Dr., Arzt.	7. Mohr, August, Kaufmann.	7. Grabner, Georg, Gemüsehändler.	7. Langhoff, Wilhelm, Erbpächter zu Albsfelde.
8. Schöner, Ferdinand, Malermeister.	8. Behn, Hermann, Kaufmann.	8. Neufeldt, Fritz, Bauart.	8. Klotz, Hermann, Gärtner.	8. Brandt, Wilhelm, Dachdeckermeister zu Dissen.
9. Ullrich, Otto, Kaufmann.	9. Hartwig, Julius, Dr., Direktor, Städt. Amt.	9. Schmidt, Karl, Zollinspekt.	9. Benda, Emanuel, Dr., Rechtsanwalt.	9. Karstedt, Wilhelm, Kaufmann zu Travemünde.
10. Wölkow, Carl, Dr., Landrat u. Landratsamtl.	10. Meyer, Rwan, Kaufmann.	10. Keil, Oskar, Schlachtermitt.	10. Kelder, Rohn, Bankdirektor.	
11. Köhler, Rudolf, Uhrmachermeister.	11. Sapp, Paul, Schneidermeister.	11. Glaahn, Carl, Fabrikant.	11. Krüger, Christian, Feldwebel.	
12. Albin, Rudolf, Kaufmann.	12. Satow, Hans, Schulschullehrer.	12. Frank, Alfons, Kaufmann.	12. Groot, Carl, Kapitän.	
13. Furwig, Heinrich, Malermeister.	13. Nees, Hugo, Kaufmann.	13. Edden, Hermann, Meneur.		
14. Sorkaus, Hermann, Kaufmann.	14. Koeber, Johannes, Schreinermeister.	14. Hoffmann, Max, Dipl.-Ing.		
15. Meißendorf, Heinrich, Kaufmann.	15. Schottke, Gustav, Ingen.	15. Müller, Heinrich, Kaufmann und Bücherrevisor.		
16. Koll, Graf, Oberstleutn.	16. Scharr, Gustav, Kaufmann.	16. Haemann, Hermann, Eisenbahnsekretär.		
	17. Schöp, Julius, Buchhändl.	17. Herbig, Karl, Direktor des Müllhanes.		
	18. Hansen, Hans, Sachverständiger für Viehärzt.	18. Siems, Wilhelm, Malermeister.		
		19. Hagemann, Adolf, Fabrikdirektor.		

8416

Unsere vorstehenden Wahlvorschläge sind miteinander verbunden. Den Wählern werden Stimmzettel, die den für ihren Bezirk aufgestellten Wahlvorschlag enthalten, zugehen. Wir bitten um unerschütterliche Abgabe dieser Stimmzettel. Wer auf keinen Stimmzettel Namen aus verschiedenen unserer vorstehenden Wahlvorschläge setzt, macht damit seinen Stimmzettel ungültig.

Deutsche demokratische Partei.

Drückhammers Gasthof
Marienstraße 27
empfehlen täglich zu mäßigen Preisen markanteste kalte und warme Speisen von Fischweilch
Fleisch, Geflügel, Bienenbrot, Polenta, Kulisen, Zungen, etc. Deutsches Beefsteak, Fleischbrühe.
Franz Schultz.

Waisenhof TANZ
Morgen Sonntag
Singspiele, etc.

Israelisdorf
Morgen Sonntag: Bräutigams-Bräutchen, Katalog 4 Uhr.

Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50-52.
Morgen Sonntag:
Tanz, etc.

Wahlvereinsverein bürgerlicher Frauen.
Öffentlicher unentgeltlicher Vortrag
am Dienstag, d. 28. Jan., abends 7 1/2 Uhr
im Marmorsaal.
Die Lübecker Bürgerschaft im Rahmen der Verfassungsfragen.
Vortragender: Herr Direktor Dr. Hartwig.
Eine allgemeine Aussprache findet nicht statt.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer!
Kameraden!
Wollt Ihr Eure Rechte vertreten wissen? Dann erscheint in Massen in der
Öffentlichen Versammlung
am Sonntag, dem 26. Januar 1919, vormittag 10 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Referent:
Kamerad J. Gierks, Lübeck. „Was wir sind und was wir wollen.“
Reinigung d. Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer. Ortsgruppe Lübeck.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Montag, den 27. Januar 1919
abends 7 Uhr

Voll-Versammlung des großen Rates.

Zur Zeit nur gegen Vorzeigen der Legitimationskarte
Wer noch nicht im Besitz einer solchen, kann sie vorher (bis 7 Uhr) in der Abteilung Presse in Empfang nehmen.
Der Vorstand.
J. A. W. Bromme.

Brauerei Walkmühle (Lück).
Am Sonntag, dem 26. Januar 1919
Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. — Ende 11 1/2 Uhr.
Der Ueberschuß wird der Unterstützungs-kasse zugeführt.
Eintritt 1 Mk., Militär 50 Pfg.
Freie Vereinigung der Kriegsbeschädigten für den Freistaat Lübeck.

Verein der Musikfreunde.
5. Symphonie-Konzert
Montag, den 3. Februar
7 1/2 Uhr (8498)
im Stadttheater.

Leitung: Dr. Georg Göhler.
Klavier: Ilse Eromm-Michaels.
Franz Liszt, Symph. Dichtung „Die Ideale“. Rob. Schumann, „Javier-Konzert“. Richard Wagner, „Rienzi“-Ouvertüre. Klaviersoli: Hector Berlioz, Ouv. „Römischer Karneval“.

Öffentl. Hauptprobe
Sonntag, den 2. Februar,
11 Uhr vormittags.

Kartenverkauf Sonnabend, 25. Jan., 1-5 Uhr; vom 29. Januar ab zu den üblichen Verkaufsstunden.
Mitglieder ohne Hauptpr.-Dauerkarte müssen die 5. Probenkarte spätestens Donnerstag gegen num. Platz umtauschen.
Preise der Konzertkarten:
4 50, 4.—, 3.—, 2.— und 1.— Mk.
Hauptprobenkarten: 2.— u. 1.— Mk.

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
8450
Sonnabend, den 25. Januar:
Der Zigeunerbaron.
Sonntag, den 26. Januar:
Vormittags 11 Uhr
Kammerspiele.
Die Marquise.
Tempel der Erinnerung.
Nachmittags 3 Uhr:
Im weißen Röbel.
Abends 7 Uhr:
Die Zauberflöte.
Dienstag, den 28. Januar:
Der Troubadour
Mittwoch, den 29. Januar:
Sigurd Braa.

Hansa-Theater.
sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise.
Das tapfere Schneiderlein.
Abends 7 Uhr (8478)
Gastspiel Edgar Pauly.
Der verliebte Herzog.
Operette von Jean Gilbert.
Montag:
Der verliebte Herzog
mit Edgar Pauly als Gast.

Kalleehaus Mo'sling.
Jeden Sonntag: (8495)
Tanz.
Gewinn 30 Damen 30 1/2
Zur schwarzen Doile
Dundstraße 41.
Sonntag, den 26. Januar
Groß-Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr.
Hierzu ladet ergebend ein
F. Lender.
8444